

DIE BRASILIANISCHE BISCHOFSKONFERENZ UND IHR SOZIALPROGRAMM

von Godfried Deelen

Im Jahre 1952 wurde in Brasilien die Nationale Bischofskonferenz (CNBB – Conferencia Nacional Dos Bispos Do Brasil) gegründet. Zur Zeit besteht sie aus 278 aktiven Bischöfen und zählt 16 regionale Abteilungen, Brasilien ist nicht nur eine der ersten, sondern auch eine der größten und einflußreichsten Konferenzen in der katholischen Welt. Die Gründung wurde von den progressiven Bischöfen als ein Erfolg angesehen. Ab 1977 hat die Bischofskonferenz sich nicht nur mit Pastoralplänen beschäftigt, sondern besonderen Wert auf die Formulierung eines globalen Sozialprogrammes und die Schaffung von Instrumenten, um dieses Programm zu realisieren, gelegt. Dies Programm hat gleichzeitig eine ständige Konfliktsituation mit der Militärregierung und den wirtschaftlichen Mächtigen im Land zur Folge. Die Konflikte auf nationaler und lokaler Ebene sind zahlreich.

Insbesondere in 6 Dokumenten* formulierte die Bischofskonferenz ihr Sozialprogramm:

1. Hirtenbrief an das Volk Gottes über die Ideologie der Nationalen Sicherheit vom 25. Oktober 1976
2. Christliche Forderungen an eine politische Ordnung vom 17. Februar 1977
3. Orientierungspunkte für eine Gesellschaftspolitik, vom 30. August 1979
4. Förderung der Arbeiterklasse im Industrialisierungsprozeß, vom Februar 1979
5. Die Kirche und die Problematik von Grund und Boden, vom 14. Februar 1980
6. Christliche Reflexion über die politische Lage Brasiliens, vom 29. August 1981

Entsprechend ist der folgende Beitrag gegliedert.

Ideologie der Nationalen Sicherheit

Bereits 1968 publizierte DOM CANDIDO PADIM eine Studie über die Doktrin der Nationalen Sicherheit im Licht der Soziallehre der Kirche. (DOM CANDIDO PADIM, *A Doutrina de Segurança Nacional à Luz da Doutrina da Igreja*, in: SEDOC, 1. Sept. 1968, 432–444). Er kritisierte besonders stark die unterdrückenden Tendenzen in dieser Doktrin und führte eine direkte Attacke gegen die Regierung. Er zweifelte sogar die Legalität der Regierung an. Für die intellektuellen Führungskräfte in der Kirche war diese Studie maßgeblich, weil dadurch die wahren Absichten der Militärdiktatur deutlich wurden.

* Die Texte in Originalsprache sowie auch in deutscher Übersetzung sind zu erhalten bei: Brasilienkundeverlag GmbH, Sunderstraße 15, 4532 Mettingen und Bischöfliches Hilfswerk Misereor e. V., Mozartstraße 9, 5100 Aachen.

Von den Militärs wurden Kirche und Staat als zwei Machtfaktoren in der Totalstrategie gegen Staatsfeinde in- und außerhalb Brasiliens, gegen Subversive und Marxisten, gesehen. Die Kirche hat als Symbolwert eine strategische Macht.

Nach der Auffassung dieser Doktrin haben Kirche und Staat einen gemeinsamen Feind im Kommunismus. Deswegen ist eine gemeinsame Strategie für beide Parteien vorteilhaft. Man muß sich gegenseitig ergänzen. Die Kirche kann dem Staat helfen, eine ideologische Kampagne gegen den Kommunismus zu organisieren, und der Staat kann der Kirche ihre Sicherheit garantieren. Diese Rolle wollte jedoch die Kirche im allgemeinen und die Bischofskonferenz im besonderen nicht übernehmen. Nach dem Rockefeller-Bericht von 1969, in dem die katholische Kirche in Brasilien als eine idealistische, jedoch gefährliche und subversive Macht beschrieben wird, begann die Militärregierung unter Präsident Medici die Kirche zu kontrollieren, Bischöfe zu belästigen, Priester und Laien zu mißhandeln. Von 1968 bis 1978 wurden 122 Geistliche, davon 9 Bischöfe, verhaftet sowie 273 in der Seelsorge tätige Laien. 31 Bischöfe wurden direkt von der Repression betroffen, unter denen sich auch DOM CANDIDO PADIM befand.

Ein offizielles „Statement“ von General ALVARO CARDOSO, Kommandant des IV. Militärgebietes, Minas Gerais, vom Dez. 1968, ist ein Beispiel für die Haltung der Regierung in dieser Konfliktsituation:

„Ich kann sagen, daß die (Militär-)Autoritäten nicht gegen die Kirche sind und sie nicht verfolgen. Wir stehen jedoch vor einem ungeheuren Spektakel, wie es in der Geschichte noch nicht vorgekommen ist, nämlich daß mehrere Priester unser Land an einen der größten Feinde der Kirche übergeben will.

Man beklagt sich, daß es Priester gibt, die festgenommen wurden, weil sie das Evangelium verkünden. Es ist aber klar, daß diese Priester festgenommen wurden, weil sie aufhörten, das Evangelium zu predigen und sich ideologischer und politischer Subversion und bewaffneten Guerillas zugewandt haben, die das Regime stürzen wollen. . .

Man vergißt jedoch, daß die Priester als Bürger den legitimen Autoritäten unterworfen sind, um so mehr, wenn es sich um Sicherheitsprobleme, politische Ordnung und andere Aktivitäten der Regierung handelt . . .

Die Polizei hat die Last auf sich genommen, bestimmte Meinungen der Priester zu unterdrücken, was eigentlich durch die Hierarchie geschehen sollte.“

Leider wartete die Bischofskonferenz bis sogar mehrere Bischöfe mißhandelt wurden, ehe sie offiziell, Ende 1976, Stellung gegen die Doktrin der Nationalen Sicherheit bezog. In diesem Dokument heißt es u. a.:

„Die Ideologie der Nationalen Sicherheit, die sich über das Bedürfnis der persönlichen Sicherheit erhebt, breitet sich über den ganzen lateinamerikanischen Kontinent so aus, wie es auch in den Ländern unter sowjetischer Herrschaft geschah. Lateinamerikanische Gewaltregime, die auf dieser Ideologie gründen, erklären – im Namen des Kampfes gegen den Kommunismus und um der wirtschaftlichen Entwicklung willen – allen den ,antisubversiven

Krieg', die mit der autoritären Organisation der Gesellschaft nicht übereinstimmen.

Das Training für einen solchen 'antisubversiven Krieg' in Lateinamerika gegen den Kommunismus führt nicht nur zu einer wachsenden Verrohung der Beteiligten, sondern erzeugt auch eine neue Art von Fanatismus und eine Atmosphäre von Gewalttätigkeit und Angst. Gedanken- und Pressefreiheit werden geopfert, die Garantie persönlicher Unversehrtheit ist aufgehoben.

So hat diese Lehre die Gewaltregime dazu geführt, dieselben Merkmale und Praktiken zu übernehmen, die in kommunistischen Regimen üblich sind: Mißbrauch staatlicher Macht, willkürliche Verhaftungen, Folter und Aufhebung der Gedankenfreiheit."

Dieses Dokument ist Ausgangsbasis für weitere Lehrschreiben, die sowohl Anklagen an die Diktatur beinhalten als auch mit der Formulierung der kircheneigenen Soziallehre befaßt sind. In den folgenden Jahren wurden die Option für die Unterdrückten und Armen immer deutlicher. Die Kirche begann allmählich, für die Schwachen und Marginalisierten in der Gesellschaft eine Schutzfunktion auszuüben.

Demokratie

Das Dokument über „christliche Forderungen an eine politische Ordnung“ wurde auf der Generalversammlung der brasilianischen Bischöfe in Itaici (SP) im Febr. 1977 mit 213 gegen 7 Stimmen verabschiedet. Es war jedoch schwierig gewesen, die Bischöfe auf eine Linie zu bringen. Nicht weniger als 417 Änderungen waren eingebracht worden.

In diesem Dokument wird die Doktrin der Nationalen Sicherheit dem Rechtsstaat gegenübergestellt:

Die natürlichen Rechte der Menschen und Gruppen können nicht vom Staat verneint werden. Der Staat ist keine absolute Macht; er verlangt von den Bürgern nur das, was zur Erreichung des Allgemeinwohls notwendig ist. „Es ist die Pflicht des Staates, die Rechte der Menschen, Familien und Gruppen zu verteidigen, zu respektieren und zu promovieren.“

„Die Bürger brauchen nicht abzuwarten, welche Rechte der allmächtige Staat dem einzelnen geben will. In einem Rechtsstaat kann sowohl der einzelne als auch die Gruppe und Institution ihr Recht fordern und gegen eventuelle Staatsansprüche verteidigen.“

Sondervollmachten für ein Regime rechtfertigen die Bischöfe nur in Krisenfällen, in denen das „politische Leben“ vor dem Zusammenbruch steht. Die Ausnahme darf jedoch nicht zur unbegrenzt andauernden Regel werden.

Auch die Teilnahme des Volkes an politischen Entscheidungen wird hervorgehoben. Dieses Thema wird von der Bischofskonferenz dauernd ins Spiel gebracht:

„Die bewußte und mitverantwortliche Mitbeteiligung am politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Prozeß anzuregen, ist eine vorrangige Pflicht des Staates. Diese Beteiligung ist eines der wesentlichen Elemente des

Gemeinwohls und eine der Grundformen nationalen Strebens. Die Erziehung des Volkes ist eine notwendige Voraussetzung für seine aktive und bewußte Beteiligung an der politischen Ordnung. Durch ihren göttlichen Auftrag hat die Kirche das Recht und die Pflicht, an dieser Aufgabe mitzuwirken.“

Ein drittes „Dauerthema“, das in diesem Dokument zum ersten Mal ausführlich behandelt wird, muß als Ergebnis einer Kirche gesehen werden, die seit Anfang der 60er Jahre begonnen hat, die Realität zu studieren: Das Problem der marginalisierten Bevölkerungsgruppen.

Das Randgruppendasein der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung wird als Verleugnung des Gemeinwohls gesehen. Die Randgruppen, die allmählich zur Zielgruppe der brasilianischen Kirche werden, wurden in dem Dokument ausführlich beschrieben:

„Das Randgruppendasein offenbart sich in Situationen, die den privilegierten Nutznießern der Ausbeutung, der Geduld und des Elends der anderen zugute kommen. In Randgruppen leben bedeutet, ausgeschlossen sein, abseits stehen; bedeutet, einen ungerechten Lohn erhalten, von Erziehung, ärztlicher Versorgung und Krediten ausgeschlossen sein; bedeutet, hungern und in schmutzigen Hütten wohnen; bedeutet, wegen unangemessener und ungerechter Agrarstrukturen des Bodens beraubt sein. Randgruppendasein bedeutet vor allem, sich aus diesen Situationen nicht befreien zu können. Randgruppendasein bedeutet, sich nicht frei beteiligen zu können am schöpferischen Prozeß, der die eigenständige Kultur eines Volkes prägt. Randgruppendasein bedeutet, keine wirksame Repräsentation haben, um den Entscheidungszentren die eigenen Bedürfnisse und Erwartungen mitzuteilen; bedeutet, nicht als Träger von Rechten, sondern als Empfänger von Gefälligkeiten angesehen werden, die ausgeteilt werden, soweit sie zur Herabsetzung von Forderungen notwendig sind; bedeutet, von der Propaganda manipuliert werden. Randgruppendasein bedeutet, keine Möglichkeit der Beteiligung haben; bedeutet, von der Anerkennung der Würde, die Gott dem Menschen verliehen hat, ausgeschlossen sein.“

In dieser Passage wurde gleichzeitig ein Arbeitsprogramm für die kirchlichen Gruppen formuliert, das heute noch höchst aktuell ist. Die Bischöfe sind sich dessen bewußt, daß die Regierung nicht um die Randgruppen bemüht ist, da sie eine andere Auffassung von Entwicklung hat. Die Kirche kann die staatliche Auffassung nicht teilen, sie sieht diese eher als eine Beleidigung der menschlichen Würde an:

„Die Entwicklung, die den Forderungen des Gemeinwohls entspricht, ist die umfassende, nicht nur wirtschaftliche, sondern soziale, kulturelle und religiöse Entwicklung. Die Erfahrung zeigt, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung nicht notwendigerweise in soziale Entwicklung umsetzt. Das wirtschaftliche Wachstum um jeden Preis legt die Einkommenskonzentration auf begrenzte geographische Räume und auf bestimmte Bevölkerungsschichten fest und schafft so innerhalb ein und derselben Nation Gegensätze von Reichtum und Elend, die für sich bereits eine Beleidigung der Gerechtigkeit und des Rechtsgefühls darstellen.“

Das Thema über die Entwicklung Brasiliens und die Diskussion über das neo-liberale Entwicklungsmodell wird noch eine Zeitlang anhalten, bis die Mehrzahl der kirchlichen Gruppen, zusammen mit den Volksbewegungen, eigene, alternative Wege gehen, wo gerade das versucht wird, was hier bereits als Programm formuliert wurde. Das noch allgemein gehaltene Programm von Gerechtigkeit, Mitwirkung und Frieden wird immer mehr konkretisiert, so daß es für die Basis in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden kann.

Gesellschaftspolitik

Das Dokument vom 30. August 1979 über „Orientierungspunkte für die Gesellschaftspolitik“ enthält die mutigsten, modernsten und im ganzen gesehen auch inhaltsstärksten sozialpolitischen Erklärungen der brasilianischen Kirche der 70er Jahre. Die Bischöfe gehen mit der Regierungspolitik ins Gericht und bezeichnen Brasilien als eine „Sklavengesellschaft“. Zwei Aspekte dieses Dokuments sind besonders bemerkenswert:

Erstens wird die Regierung davor gewarnt, durch Schönheitskorrekturen ihr Wirtschafts- und Entwicklungsmodell retten zu wollen, ohne die marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen. Zweitens versucht die brasilianische Regierung durch eine politische Liberalisierung, ohne eine grundlegende Neuordnung des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens, ihr Wirtschaftsmodell zu retten. Die Bischofskonferenz stimmt diesem Versuch nicht zu.

Die Bischofskonferenz tritt in dem Dokument nicht als belehrender Beobachter der „bösen Regierung“ auf, sondern als direkt betroffener und engagierter Teil des Volkes. Das Dokument beginnt mit einer schonungslosen Analyse der brasilianischen Wirtschaftspolitik:

„Folgende Daten geben unmißverständlich zu erkennen, daß es sich um eine Politik handelte, die die gesellschaftliche Konzentration des Einkommens förderte. Eine bekannte Statistik weist aus, daß 1960 50 %, das heißt die Hälfte der ärmsten Bevölkerung, noch mit 17,71 % am Nationaleinkommen beteiligt waren, während die folgenden 30 % über 27,92 % verfügten und für die 20 % Reichen 54,35 % bleiben. 1970 war die Konzentration in den Händen der Reichen schon deutlich fortgeschritten: die 20 % der Reichsten besaßen 62,24 %, so daß 22,85 % für die nächsten 30 % der Bevölkerung und nur 14,91 % für die 50 % der Ärmsten blieben. Im Jahre 1976 hatte sich die Lage noch weiter verschärft: bei den 20 % der Reichsten konzentrierten sich schon 67 % des Nationaleinkommens, während nur 11,8 % für die arme Hälfte der Bevölkerung blieben.“

Die Bischöfe sehen in der ungleichen Güterverteilung einen „Affront gegen die Armen“.

„Die heutige brasilianische Gesellschaft unterscheidet sich, real betrachtet und in ihren fundamentalen Strukturlinien, nicht wesentlich von der Sklavhaltergesellschaft, aus der sie geschichtlich hervorgegangen ist. Juristisch gesehen und im Blick auf Verlautbarungen von Rechten stellt die gegenwärtige

tige Gesellschaft natürlich einen Fortschritt dar im Vergleich zu ihrem sklavenhalterischen Vorgänger. Vor dem Gesetz sind alle Brasilianer gleich. Selbst Arbeiter haben die juristische Möglichkeit, sich den Arbeitsherrn auszusuchen, dem sie ihre Arbeitskraft verkaufen wollen, wie sie sich auch frei zusammenschließen können, um ihre Rechte zu verteidigen. Und es gibt sogar gesellschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten, die ja auch die brasilianische untere Mittelschicht entstehen ließen. Aber die konkreten Veränderungen der Menschen, die von ihrer Hände Arbeit leben, hielten nicht Schritt mit der Veränderung in der Erklärung von Rechten. Denn in Wirklichkeit kaschiert die juristische Gleichheit aller eine radikale Ungleichheit. Wenn man einmal Symbole der brasilianischen Sklavenhaltergesellschaft verwenden darf, kann man sagen, daß es auf der einen Seite die Herren der Landgüter gibt, die von dem ganzen Komplex der technokratischen Meierei umgeben sind, während auf der anderen Seite die unübersehbare und namenlose Mehrheit der Dienstleute der Landgüter steht. Die Herren können sich alle Konsumgüter und Dienste leisten, angefangen von den gefälligen bis hin zu den skandalösesten. Die Diener hingegen überleben gerade. Das heißt: sie kommen gerade an die Güter und Dienstleistungen heran, mit denen sie überleben und sich fortpflanzen können, ohne daß das System zusammenbräche.“

In ihrer Erklärung gehen die Bischöfe auch auf die einzelnen Schwerpunkte der brasilianischen Wirtschaftspolitik ein, die das Regime ungeachtet offensichtlicher Fehlentwicklungen und auf Kosten der Wahrheit gegenüber jeglicher Kritik verteidigt. So sagen sie zur These der Regierung *Erst Wachstum, dann Wohlstand*:

„Häufig ist zu hören, man müsse zunächst den Kuchen groß genug backen, um ihn dann verteilen zu können. Größere Aufmerksamkeit als dieses Gerede verdient das Klagen des Volkes, das vergebens darauf wartet, daß der Kuchen nun endlich aufgeteilt wird. Außerdem argwöhnt das Volk, daß sich gewisse Leute schon im vorhinein bedienen, ohne daß jemand den Finger darauflegte, wodurch der Kuchen nie zum Wachsen kommt. Von diesen heimlichen Zugriffen sind als Ursachen des größten Skandals gerade die Mißstände anzuklagen, die zu den verschiedensten Formen einer geradezu gefräßigen Korruption führten, die das autoritäre Regime nicht nur nicht auszumerzen imstand war, sondern bis zu einem gewissen Grade noch schützte, indem es sie ungestraft davonkommen ließ.“

Weiter wird auf die Inflation, die Auslandsverschuldung, Landprobleme, Wohnsituation in Favelas, Export von Lebensmitteln und geringe Löhne eingegangen. Die politische Öffnung habe zwar die Kampfkraft organisierter Gruppen verstärkt. Die Regierung werde sogar von diesen Gruppen unter Druck gesetzt und in Konfliktsituationen würden Kleinigkeiten korrigiert. Die strukturellen Ungerechtigkeiten würden jedoch nicht angegangen. Deswegen werde die Kirche an der Seite der Arbeiter einen berechtigten Kampf für strukturelle Verbesserungen führen.

Am Schluß des Dokumentes formulieren die Bischöfe nochmals das Motiv ihres Sprechens, das nicht aus machtpolitischen Überlegungen hervorgehe, sondern aus der Sorge um das Heil:

„Es geht darum, die brasilianische Gesellschaft, die im Umbruch begriffen ist, zu evangelisieren. Dazu haben wir uns auf die Seite der Armen gestellt und uns für die ganzheitliche Befreiung des Menschen entschieden. Wir wollen immer bessere Mitsprache und immer dichtere Gemeinschaft. Uns liegt am Aufbau einer brüderlichen Gesellschaft, um so auch das endzeitliche Reich verkünden zu können.“

Die Arbeiterklasse

Die schlagkräftigsten Gruppen in der brasilianischen Gesellschaft sind zur Zeit die Arbeiter, sowohl die Industrie- als auch die Landarbeiter. Sie bilden auch die politische Macht der Volksbewegungen. Vielleicht sind aus diesem Grund die beiden nächsten Dokumente der Bischofskonferenz entstanden.

Das Dokument über Arbeiterpastoral behandelt vor allem drei Themen: 1. Die historische Situation der Industriearbeiter in Brasilien. Der Industrialisierungsprozeß und die Arbeiterklasse innerhalb dieses Prozesses. 2. Die Arbeiterpastoral. 3. Perspektiven für die kirchliche Sozialarbeit innerhalb der Arbeiterklasse.

„Die brasilianische Arbeiterbewegung muß heutzutage mit einer konfliktiven Situation fertig werden. Es bestehen zwei Gewerkschaftsformen nebeneinander, die sich jedoch untereinander nicht vertragen. Einerseits eine vom Staat kontrollierte, vertikale Struktur, andererseits eine Struktur, die erst im Aufbau ist und jede Einmischung vom Arbeitsministerium verabscheut. Diese Situation verursacht notwendigerweise politische Spannungen und Konflikte... Einige der fundamentalen Grundrechte der Arbeiterklassen sollen sichergestellt werden: wie Freiheit für Gewerkschaften, Streikrecht, politische Autonomie der Gewerkschaften und politische Mitwirkung der Arbeiterklasse.“

Das Bemühen der Kirche auf der Seite der Arbeiterklasse hat gerade zum Ziel, diese Grundrechte zu erobern. Die Arbeiterpastoral der brasilianischen Kirche bemüht sich nicht mehr wie Anfang der 60er Jahre mit einer christlichen (römisch-katholischen Männerausbildung) und anit-kommunistischen Beeinflussung der Arbeiter.

Auch steuert die Kirche nicht auf die Gründung christlicher Gewerkschaften zu, als ob die „Causa“ der Arbeiterklasse nach Religionen aufgeteilt werden könnte. Die Kirche strebt auch nicht nach Macht innerhalb der Arbeiterklasse. Sie kämpft nicht für die Arbeiterlasse, sondern mit ihr. Sie identifiziert sich mit den Problemen der Arbeiter. Von der herrschenden Klasse wird diese Aktion der Kirche nicht immer verstanden.

„Die Soziallehre der Kirche hat immer die Gewerkschaften als Instrumente zur Verteidigung der Arbeitnehmer angesehen, obwohl viele Priester und Bischöfe als „rot“ angesehen werden, wenn sie die Gewerkschaften verteidigen.“ (DOM IVO LORSCHTEITER, in: „Estado de São Paulo“, 30. 4. 1978).

Das Problem von Grund und Boden ist in Brasilien bestimmt nicht neu. Wohl aber hat sich das alte Problem neuerdings durch die intensiven Bemühungen der Regierung um die ökonomische Nutzbarmachung riesiger Urwaldzonen verschärft. In den sozialen Konflikten zwischen den Latifundien herkömmlichen Stils und den Bauern oder Landarbeitern sind Auseinandersetzungen anderer Art getreten, seit große, kapitalkräftige Gesellschaften, vielfach auch ausländische Industrieunternehmer, in die Kolonisation der Dschungel-Ländereien eingeschaltet worden sind. Solche Landerwerber legen natürlich Wert auf rechtlich einwandfreie Besitztitel. Jedoch geraten sie dabei zwangsläufig mit den juristisch wenig gesicherten Ansprüchen tausender „Posseiros“ (Bauer, die ohne Besitztitel seit längerer Zeit ein bestimmtes Stück Land bebauen) in Konflikt.

Bereits seit 25 Jahren haben die brasilianischen Bischöfe auf soziale Ungerechtigkeiten in Fällen von Landbesitz hingewiesen. Hin und wieder wurde für eine Landreform plädiert. Im Februar 1980 sahen die Bischöfe sich veranlaßt, in scharfer Form bezüglich der Probleme von Grund und Boden Stellung zu nehmen. Immer mehr Brasilianer sind direkt von diesen Problemen betroffen. Die Zahl der Übergriffe und Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit Landnahmen sind stark gewachsen. Es ist fast ausschließlich die katholische Kirche, die die Kleinbauern (Posseiros) und ihren Besitz gegen die Großen verteidigt. Ende 1980 war die von der Bischofskonferenz gegründete Kommission für Landfragen in 916 Landkonflikte involviert. Dabei handelte es sich um 1 972 989 Menschen und eine Fläche von 37 216 697 ha.

Das bischöfliche Dokument verurteilt die Regierungspolitik im Dienst der Großunternehmen:

„Die Politik der steuerrlichen Begünstigung ist eine der Hauptursachen für die großen land- und viehwirtschaftlichen Unternehmen, die die landwirtschaftlichen Familienbetriebe belasten und sie schädigen. Bis Juli 1977 hatte die SUDAM (Superintendência do Desenvolvimento da Amazônia = Superintendanz für die Entwicklung des Amazonasbeckens) 336 land- und viehwirtschaftliche Projekte anerkannt, in die sieben Milliarden Cruzeiros investiert werden sollten. Von dieser Summe stammten nur zwei Milliarden Cruzeiros aus Mitteln der Unternehmen selbst, während die restlichen fünf Milliarden, das sind mehr als 70 Prozent der Gesamtsumme der Gelder, aus den sogenannten steuerlichen Begünstigungen stammen.“

Diese Politik der steuerlichen Begünstigung der „Agrobusiness“ hat eine große Gewalttätigkeit auf dem Lande zur Folge und ist die Ursache dafür, daß es in Brasilien Millionen von Wanderarbeitern gibt. Großbetriebe, die Soja, Weizen, Zuckerrohr, Viehzucht etc. für zahlungskräftige Nachfrage im In- und Ausland betreiben, werden größer und zahlreicher; Kleingrundbesitzer, die vorwiegend Nahrungsmittel anbauen, werden aufgekauft oder einfach zerstört. Ihre früheren Besitzer oder Pächter werden zu Wanderern oder zu Lohnarbeitern, die höchstens einen Mindestlohn erhalten. Diese Menschen, so das Dokument, werden zu Proletariern.

Aufgrund der Auswüchse des Agrarkapitalismus und aus theologischen Gründen fordern die Bischöfe eine Agrarreform. Im Dokument heißt es:

„Wir unterstützen die Bemühungen der Landbevölkerung um eine echte Bodenreform, die ja schon verschiedentlich definiert wurde. Eine solche Agrarreform muß der Landbevölkerung endlich zu ihrem Grund und Boden verhelfen und Bedingungen schaffen, daß sie ihn dann auch bearbeiten kann.“

Die Bischöfe wollen diesbezüglich auch ihr eignes Haus säubern und versprechen, die Kirchengüter besser und sozialer nutzen zu wollen:

„Als erste Geste wollen wir das Problem des Nießbrauchs und der Benutzung von Kirchengütern einer Prüfung und ständigen Revision unterziehen. Auch die Kirchengüter haben eine pastorale und soziale Bestimmung. Bodenspekulation muß vermieden werden, und die Rechte derer, die auf Kirchengütern arbeiten, müssen respektiert werden.“

Das Problem von Grund und Boden bezieht sich auch auf städtische Verhältnisse. Besonders in den Peripheriegebieten der Großstädte handelt es sich um ein bedrückendes Problem der Bodenspekulation. Dieses Thema hat zur Zeit alle Aufmerksamkeit der Bischofskonferenz. Ende 1981 brachte sie eine erste Studie über dieses Thema heraus. (CNBB, *Propriedade e Uso do solo urbano*, Estudos da CNBB, nr. 30, 1981). Die Generalversammlung der Bischöfe veröffentlichte im Februar 1982 ein Hirten Schreiben zu diesem Thema mit dem Titel: „Solo Urbano e Ação Pastoral“ (Fragen von Grund und Boden in der Stadt aus pastoraler Sicht). Dieses Thema ist für die brasilianische Gesellschaft von großer Bedeutung. Die Bodenspekulation treibt die Preise für die Baugrundstücke in die Höhe und verschärft damit die Lage auf dem brasilianischen Wohnungsmarkt.

Die Verstädterung geht dermaßen schnell, daß z. B. die Arbeiterbevölkerung noch kaum in der Lage ist, innerhalb der Stadt eine Wohnung zu finden. In diesem Bereich wird die Mittelschicht sogar marginalisiert.

Im Jahre 1940 lebten nur 31 Prozent der Bevölkerung Brasiliens in der Stadt. Im Jahre 1980 lag dieser Prozentsatz bei 67 Prozent; dies sind in absoluten Zahlen mehr als 80 Millionen. Brasilien hat heute schon Städte mit mehr als einer Mio. Einwohner und fünf Metropolitanregionen mit mehr als zwei Mio. Menschen. 32 Prozent der Gesamtbevölkerung konzentriert sich zur Zeit auf 13 Städte.

Die Bischöfe weisen darauf hin, daß das einfache Volk selbst Initiativen ergreifen soll, weil „die Politik der Erneuerung der Favelas die gesteckten Ziele nicht erreicht hat“ (Nr. 60). Weiter wird darauf hingewiesen, daß die staatliche Organisation die Entwicklung der Städte nicht wirksam genug kontrolliert und begleitet. „Der Staat duldet eine gigantische Desorganisation in der Struktur der Städte, deren Wiederherrichtung enorme finanzielle und soziale Kosten verursacht“ (Nr. 51).

Die soziale Ungerechtigkeit und die schlechte Lebensqualität in den Städten kann nicht länger toleriert werden. Die Bodenspekulation hat räuberische Formen angenommen; alle christlichen Organisationen und Gruppen sollen sich dagegen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden

Mitteln wehren. Hier werden auch Landbesetzungen (invasões) nicht ausgeschlossen.

Die Bischöfe tragen auch konkrete Vorschläge an, wie Regulierung besetzter Gebiete und Anregung durch Eigenbau und Nachbarschaftshilfe. Die Diözesen werden angeregt, Studien über Bodenfragen in Auftrag zu geben, kircheneigenen Boden sozial zu nutzen und Seminare und Kongresse abzuhalten über das Thema: „Städtischer Boden und Wohnungsbau“.

Politische Lage Brasiliens

Die Kirche ist der Auffassung, daß es ihre Aufgabe ist, sich für eine demokratische Gesellschaft einzusetzen. Sie macht sich stark für den Aufbau einer horizontalen politischen Aktion, die von der Basis aufgebaut wird und sich dort – wo notwendig – von den politischen Parteien absetzt. Man sieht die Notwendigkeit für eine zweidimensionale Richtung in der Politik als parallele politische Bewegung zur Korrektur und Anregung der Parteien. Sowohl wegen der politischen Spannungen im Land als auch wegen häufiger Angriffe der politischen Tätigkeiten der Kirche hat sich der ständige Rat der brasilianischen Bischofskonferenz am 29. August 1981 nochmal klar über die politische Lage Brasiliens ausgesprochen und damit einige christliche Reflexionen verbunden.

Die Bischöfe gehen von der These aus, daß der Auftrag der Kirche die Evangelisierung ist. Das heißt nicht, daß die Kirche sich vor den sozialpolitischen Problemen des Landes verschließen kann. Die Politik hat deutlich ethische Dimensionen und ethische Werte wie: Freiheit und Gerechtigkeit, Wahrheit und Ehrlichkeit und vor allem Mitbestimmung. Die Kirche kann sich nicht apolitisch verhalten, das würde zur Unterstützung einer bestimmten politischen Machtkonstellation führen. Der Kirche geht es jedoch nicht um Parteipolitik. Sie ist keine Vermittlerin für politische Fraktionen, weder Verteidiger eigener Interessen noch von Privilegien bestimmter Gruppen.

So beteiligt sich die Kirche aktiv am gegenwärtigen Geschehen in Brasilien. Dabei ist sie eine der parteiunabhängigen Institutionen, die die ethischen Grundlagen der brasilianischen Nation verteidigen. Sie möchte all, die so oder so zu Evangelium und Christentum stehen, wie überhaupt alle Menschen guten Willens dazu ermutigen, geradlinig und ohne zu verzagen weiter den Weg der vollen Wiederherstellung der Demokratie zu gehen.

Die Bischöfe, die das brasilianische Wirtschaftsmodell auch in diesem Dokument wieder verurteilen und als „Skandal“ andeuten, sehen ein, daß grundsätzliche Änderungen politische Prozesse und Entscheidungen sind. Sie weisen darauf hin, daß, wenn es der Regierung mit der Demokratie ernst ist, sie Minderheiten nicht begünstigen darf oder künstliche Einschränkungen aufführen kann. Wahlen und die Wahlkämpfe sollen ehrlich und offen geführt werden, ohne „Androhung von Rache, Diffamierung, Stimmenkauf.“ Es geht den brasilianischen Bischöfen nicht nur um eine Art verbale oder zivile Demokratie nach dem Modell der französischen Revolution, es geht ihnen vielmehr um eine „SOZIALE DEMOKRATIE“. Im Text heißt es:

„Die Demokratie, über die wir uns heute landesweit einig sind, besteht in Staaten wie Brasilien, die von solchen unannehmbaren Formen sozialer Ungerechtigkeit geprägt sind, nicht nur in der Erhaltung politischer Freiheiten. Vielmehr besteht Demokratie auch darin, daß die großen Volksmassen Anteil an höheren Formen von Erziehung und Ausbildung, an einem besseren Lebensniveau und an den öffentlichen Entscheidungen erhalten. Die politische Demokratie ist eine Form und eine Vorbedingung, deren Inhalt und Bestimmung die soziale Demokratie ist. So ist die Technik der Lösungen und Reformen weniger wichtig als das moralische Ambiente und die Gesamtperspektive, die die Entscheidungen zu orientieren hat.“

Wie in mehreren Dokumenten, stellen wir auch hier fest, daß die Sprache der Bischöfe eine bestimmte Ungeduld verrät:

„Seit Jahren und Jahrzehnten, ja, seit ganzen Generationen, warten die Armen auf die Zeit, in der sie endlich mitbestimmen können. Jedesmal, wenn die Nation in eine Krise gerät, müssen die Armen die größten Opfer bringen. Das ist heutzutage z. B. wieder der Fall bei den Massenentlassungen von Arbeitern, durch die Männer und Frauen ihren Lohn verlieren. Das Warten der armen Volksmassen kann nicht endlos dauern.“

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die brasilianischen Bischöfe hier an Polen denken. Im Jahre 1981 besuchten einige Mitarbeiter der Bischofskonferenz Polen (auch Nicaragua wurde besucht), und es wurde im Juli 1981 eine umfassende Studie über die Arbeiterklasse in Polen veröffentlicht. (CEDAC, Polonia 80: Uma Lição de socialismo, Rio de Janeiro 81). Die brasilianische Kirche schließt sich der polnischen an, wenn es darum geht, den Widerstand des Volkes zu symbolisieren („simbolizar a resistência popular“).

Zum Schluß rechtfertigt die Kirche ihr Bemühen mit den Basisgemeinden und Movimentos Populares und fordert über freie Wahlen hinaus bestimmte Bedingungen, damit das Volk sich organisieren kann. „Mittel und Wege dazu können sein: parteipolitische Vertretung, direkte Ausdrucksformen von Zielvorstellungen, Gemeinschaftsorgane und Nachbarschaftsvereine.“

Die Bischöfe sind sich dessen bewußt, daß auf diesem Gebiet der Organisation des Volkes einige der tiefsten Konflikte mit dem Regime bestehen. Solange die Kirche die Evangelisierung der Armen als ein soziales und politisches Mündigmachen der Armen versteht, zwecks Organisation dieser Bevölkerungsschicht, wird die kirchliche Sozialarbeit höchst konfliktiv bleiben. Der Staat hält sich das Monopol vor, die Gesellschaft zu organisieren.

Die Bischöfe betonen weiter in diesem Dokument, daß es ihnen schließlich um die Armen geht, denen sie sich besonders verpflichtet fühlen:

„Jede neue politische Richtung, die wirklich dazu beiträgt, daß sich die An-den-Rand-Gedrängten aus ihren miserablen Verhältnissen befreien können, ist uns willkommen. Indes: Jede Richtung und Reform, die auch diesmal wieder nichts für die dringenden und seit Jahren geforderten Veränderungen tut, ist sinnlos, weckt nur Illusionen, führt zu ähnlichen Verbrechen wie frühere Initiativen und neigt zu autoritären Lösungen von rechts oder von links, die nur schwer wiedergutmacht werden können.“

Die brasilianische Kirche, die einst mit den portugiesischen Eroberern ins Land kam und sich über Jahrhunderte damit begnügte, die vorhandene Ordnung für unantastbar zu erklären, ist heute in einer geradezu revolutionären Wandlung begriffen. Sie predigt zwar nicht den gewaltsamen Umsturz, aber sie läßt keinen Zweifel daran, daß die gegenwärtigen Gesellschaftsstrukturen in Brasilien der Veränderung bedürfen. Die Auseinandersetzungen mit den ungerechten sozialen Verhältnissen ist das beherrschende Thema des brasilianischen Episkopates und die Bischöfe nehmen dafür in Kauf, daß man sie der Volksaufwiegelung und der kommunistischen Agitation bechuldigt.

Sowohl in der gemäßigten als in der prophetischen Kirche Brasiliens bleibt es nicht bei Auseinandersetzungen und Erklärungen. Sie fordert selbst Sozialprogramme, die sie für notwendig hält, um ihre bevorzugte Option für die Armen zu konkretisieren. Programme wie Verteidigung von Menschenrechten, zum Schutz von Indianern und Kleinbauern, die mit Vertreibung bedroht werden etc. Damit will die Kirche keine Parallel-Macht entwickeln oder der Regierung subsidiär zuarbeiten. Diese Sozialprogramme der Bischöfe haben eine klare politische Dimension und davon erwartet man Änderungsanstöße. Sie organisiert die marginalisierte Bevölkerung in Bewegungen, die zum Ziel haben, das Volk von Unterdrückung jeglicher Art zu befreien.

SUMMARY

In 1952, was created in Brazil the National Bishops' Conference (CNBB – Conferência nacional dos Bispos do Brasil). At present, it includes 278 active dioceses divided into 16 regional sections. Brazil was not only the first country which set up this type of conference but it can be proud of representing one of the most influential Conferences in the Catholic world. This creation was considered, by the progressive bishops, to be a real success. Since 1977, the Episcopal Conference has not been only dealing with pastoral plans but it has been giving also great importance to setting up Global Social Programme as well as tools making possible its achievement.

The present article represents the most important documents of the Episcopal Conference. The Bishops base themselves on the assumption that the duty of the Church is to evangelize, which does not mean that the Church refuses to approach socio-political problems. Politics has real ethical dimensions and values such as: FREEDOM AND JUSTICE, TRUTH AND HONESTY, AND ABOVE ALL PARTICIPATION. The Church cannot adopt an apolitical attitude for this would lead it to support sectors of the political power or the State. The Church does not want to be involved in party politics. It is no conveyor belt for political factions and even less, the defender of its own interests, or of privileges enjoyed by some groups.